



DIE GRÜNEN

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

(3)

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN ABGELEHNT Eing.: 26. JUNI 2008 Pol. ... 03124-2008/cool-160/1 Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

der Landtagsabgeordneten Claudia Smolik und Mag.^a Maria Vassilakou (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 26. Juni 2008
zu Post 2 der heutigen Tagesordnung
**betreffend Informationen zur Untersuchungshaft der Tierrechtsaktivist/innen
und Evaluierung des § 278a StGB („Kriminelle Organisation“)**

BEGRÜNDUNG

Seit nun mehr über einem Monat befinden sich zehn TierrechtsaktivistInnen aufgrund diffuser Vorwürfe in Untersuchungshaft. Die österreichweite Verhaftungsaktion am 21. Mai wurde offensichtlich mit völlig unverhältnismäßigen Mitteln durchgeführt. Für das frühmorgendliche Erstürmen von Wohnungen der betroffenen TierrechtsaktivistInnen durch verummte WEGA-Beamte mit gezogener Waffe waren offenbar schlechte Hollywood-Filme Vorbild, diese Vorgehensweise hat aber in einem Rechtsstaat nichts verloren.

Die Begründungen für die Verhängung der Untersuchungshaft ("Verdunkelungsgefahr" wegen des Verschlüsseln von Emails bzw. "Tatbegehungsgefahr" wegen einer Reihe nicht aufgeklärter Delikte im Zeitraum 1997-2008) werden dabei nur unzureichend belegt. Vorgeworfen wird den AktivistInnen eine nicht näher belegte Mitgliedschaft in einer Kriminellen Organisation nach Paragraph 278a StGB.

Das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen TierrechtsaktivistInnen in den letzten Wochen bedarf daher öffentlicher Beachtung und breitem Einspruch. Die Anwendung des § 278a StGB in diesem Fall ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

- 1) Der Wiener Landtag verurteilt das unverhältnismäßige Auftreten der Polizeieinheiten bei der Verhaftung der TierrechtsaktivistInnen am 21. Mai. Der zuständige Innenminister/die zuständige Innenministerin wird aufgefordert die Vorwürfe gegen diesen Polizeieinsatz lückenlos aufzuklären und daraufhin entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

- 2) Der Wiener Landtag fordert die zuständige Justizministerin auf endlich genauere Informationen über die angeblichen Haftgründe der Öffentlichkeit bekannt zu geben.
- 3) Der Wiener Landtag fordert die Justizministerin auf, Vorschläge für eine Novellierung des § 278a StGB auszuarbeiten, mit dem Ziel in Zukunft einen Missbrauch dieser Norm gegenüber „unangenehmen“ politischen Aktivist/innen zu verhindern.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 26.6.2008

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by a horizontal line and a vertical stroke.A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andreas Bell'.